

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Einführung eines Kurzstreckentickets zum Nulltarif im Stadtbezirk Kalk

Beschlussorgan

Rat Verkehrsausschuss Finanzausschuss

Gremium	Datum
Rat	07.11.2019
Verkehrsausschuss	02.12.2019
Finanzausschuss	09.12.2019

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Kalk aus ihrer Sitzung am 03.05.2018, TOP 7.3 und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Alternative:

Der Rat verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung unter Beachtung übergeordneter Aspekte der Verkehrs- und Finanzpolitik der Stadt Köln in den Verkehrs- und den Finanzausschuss.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

Nein

Begründung

Die Bezirksvertretung Kalk hat in ihrer Sitzung am 03.05.2018 unter TOP 7.3 zum Antrag AN/0600/2018 der Fraktionen SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 1) mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

1. *Die Bezirksvertretung Kalk stimmt mit Oberbürgermeisterin Reker überein, dass Verwaltung und Politik nicht auf die mögliche Einführung einer blauen Plakette warten können.*
2. *Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt den Brief der drei ehemaligen Bundesminister*innen Hendricks, Schmidt und Altmaier an den EU-Kommissar Karmenu Vella vom 11. Februar 2018, in dem die damalige geschäftsführende Bundesregierung mitteilte, dass sie einen „kostenlosen ÖPNV“ in Erwägung ziehe.*
3. *Die Bezirksvertretung Kalk regt nach § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen den Rat der Stadt Köln dazu an, zu beschließen, dass der Preis für den Fahrschein für die Kurzstrecke im Stadtbezirk Kalk auf € 0,00 gesenkt wird. Der nachgewiesene finanzielle Ausfall wird der KVB AG aus dem städtischen Haushalt erstattet. Dem Rat bleibt es frei, diesen Beschluss für alle Stadtbezirke also stadtweit zu fassen.*

Ein Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift ist als Anlage 2 beigelegt.

Die Anregung der Bezirksvertretung (Ziffer 3 des o.g. Beschlusses) ist gemäß § 38 Absatz 13 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln dem Rat mit einem Beschlussvorschlag vorzulegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung und die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) haben ihre gemeinsame Auffassung bezüglich der Reduzierung der Preise im öffentlichen Personennahverkehr in der jüngeren Vergangenheit bereits in mehreren Beschlussvorlagen dargelegt (z. B. Session-Nrn.: 1552/2019 und 3047/2018).

Aus dem Beschluss der Bezirksvertretung Kalk sowie aus dem zugrunde liegenden Antrag ergeben sich keine weiteren Gesichtspunkte, die nicht bereits in die bisherigen Überlegungen eingegangen wären.

Insbesondere aus den nachfolgend genannten Gründen erscheint die Einführung eines Kurzstreckentickets zum Nulltarif im Stadtbezirk Kalk, wie auch in den übrigen Bezirken, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zielführend:

- Die vorhandenen ÖPNV-Angebote sind bereits heute so stark nachgefragt, dass auf vielen Linien die Kapazitätsgrenze erreicht wird.
- Ein Nulltarif für die Kurzstrecke würde zu einer Nachfragesteigerung bei kurzen Wegen führen. Dies hätte zur Konsequenz, dass
 - viele Wege, die bereits heute im Umweltverbund (Fahrradfahren, zu Fuß gehen) stattfinden (vgl. Ergebnisse der Befragung „Mobilität in Deutschland“; Mitteilung 2775/2019) auf den ÖPNV verlagert würden und dass
 - durch die höhere Nutzung des ÖPNV im Kurzstreckenbereich weniger Kapazitäten für Fahrgäste mit längeren Wegen zur Verfügung stehen würden. Für diese ist aufgrund der Reiseweiten jedoch oftmals der Pkw die einzige Alternative.

Somit würden weder die Ziele der Verkehrswende zur Stärkung des Umweltverbundes noch die positiven Auswirkungen des ÖPNV auf die Minderung der Luftschadstoffe gefördert.

- Für die Erreichung der Ziele der Verkehrswende ist, auch nach den Erfahrungen aus anderen Großstädten wie Wien, ein attraktives ÖPNV-Angebot, welches nur auf einer soliden finanziellen Grundlage entwickelt und betrieben werden kann, wesentlich wirksamer, als tarifliche Maßnahmen.
- Bereits heute führt das von der Stadt Köln als Aufgabenträgerin bestellte ÖPNV-Angebot zu einem strukturellen Defizit, welches sich indirekt auf den städtischen Haushalt auswirkt. Alle Maßnahmen, die mit einem Verzicht auf Fahrgeldeinnahmen verbunden sind, wirken sich direkt auf dieses Defizit und somit mittelbar auch auf den Haushalt der Stadt Köln aus. Die Haushaltssituation eröffnet jedoch derzeit keine weiteren Spielräume.

Vor diesem Hintergrund sehen die Verwaltung und die KVB den Wunsch der Bezirksvertretung Kalk als momentan nicht umsetzbar an und schlagen dem Rat daher vor, der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung nicht zu folgen.

Zur Alternative:

Alternativ bietet es sich an, die Anregung zur weiteren Beratung unter Beachtung übergeordneter Aspekte der städtischen Verkehrs- und Finanzpolitik in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen.

Anlagen

Anlage 1: Antrag von SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen (AN/0600/2018)

Anlage 2: Auszug aus dem Beschlussprotokoll der BV 8 vom 03.05.2018